

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 77 (1983)
Heft: 7-8

Artikel: Diskussion : zur Standortbestimmung des religiösen Sozialismus gegenüber den "Grünen" in der BRD ; Göttinger Diskussionsthesen
Autor: Hasselhorn, Fritz / Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands (Ostgruppe Göttingen)
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143068>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Standortbestimmung des religiösen Sozialismus gegenüber den «Grünen» in der BRD

Leider ist durch eine sehr knappe Formulierung in den letzten «Zeichen der Zeit» (Maiheft 1983, S. 153) der Eindruck entstanden, die «Grünen» seien der Hoffnungsträger der religiösen Sozialisten in der Bundesrepublik und das Papier der Darmstädter Gruppe, auf das in der Klammer hingewiesen wird, stelle die Meinung des Bundes dar. In dieser Allgemeinheit lässt sich dies nicht aufrechterhalten. Das Darmstädter Papier wurde auf der letzten Bundestagung vorgelegt und hat dort eine sehr kontrovers, teilweise leidenschaftlich geführte Diskussion ausgelöst, die auch noch weitergeht. Einen Beitrag dazu aus einer anderen Perspektive stellen die Göttinger Diskussionsthese dar, die ich beifüge.

Aus einer Schweizer Perspektive, wo naturgemäß die grosse Politik von Bundestag und

und Bundesregierung im Vordergrund steht, mag das politische Bürgertum vielleicht als weniger mächtig erscheinen als in den Jahren der Opposition. Auf der darunter liegenden Ebene hat sich in den letzten Jahren bei uns jedoch ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Man halte sich nur einmal vor Augen, dass die CDU in dieser Zeit den Übergang von der Honoratioren- zur Massenpartei geschafft hat, man schaue sich um, welche Positionen sie in den Stadtteilen, in den Kommunen, in den Landeskreisen und Ländern erobert und gefestigt hat, in welchem Masse sie ihren Einfluss in der Presse und den übrigen Medien ausgedehnt hat, um das «Pathos des Unverbindlichen» ernst nehmen zu müssen.

Fritz Hasselhorn

Göttinger Diskussionsthese

Krise des Reformismus

1. Mit dem Einbruch der bisher schärfsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der BRD geriet auch die Sozialdemokratie in eine tiefgreifende Krise. Die These vom «Verrat» der FDP beim Machtwechsel in Bonn darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SPD der Krise nichts entgegenzusetzen hatte als eine Strategie der «sozialen Ausgewogenheit der Verteilung der Krisenlasten». Diese Politik führte zum Abbröckeln in der eigenen sozialen Basis, was durch die gegen die SPD-geführte Bundesregierung geplanten Gewerkschaftsdemonstrationen im Herbst und das hessische Briefwahlergebnis belegt wird.

2. Die Krise der SPD ist gleichzeitig die Krise des politischen Reformismus. Getragen von einem sozialen Block, der neben der Arbeiterbewegung auch Frauen, Jugend und Intelligenz umfasste, konnte die SPD-FDP-Regierung ab 1969 mit der Verwirklichung eines breit angelegten Reformprogramms beginnen. Dieses Programm beschränkte sich weitgehend auf die Umverteilung von Zuwachsraten: «Bei befriedigendem Wirtschaftswachstum insgesamt lassen sich die notwendigen Änderungen durch verschiedene Zuwachsraten der einzelnen wirtschaftlichen Grössen erreichen. Niemandem wird dadurch etwas genommen» (Langzeitprogramm 1, S. 31).

3. Der Reformismus ist politisch-organisatorischer Ausdruck des widersprüchlichen Lohnabhängigenbewusstseins. Im Nichtarbeitsbereich erliegt der Arbeitnehmer als freier und gleicher Staatsbürger dem Schein, durch individuelle Leistung in angemessener Weise — wie jeder andere — am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben zu können. Im Bereich der Produktion erfährt er jedoch gleichzeitig das Gefühl sozialer Abhängigkeit.

Widersprüche bei den grün-alternativen Parteien

4. Die sozialdemokratische Regierungspolitik hat die Herausbildung eines grün-alternativen Parteienzusammenhangs beschleunigt, und damit zum ersten Mal seit Mitte der fünfziger Jahre die Möglichkeit der Konstituierung einer parlamentarisch erfolgreichen Partei links neben der SPD entstehen lassen.

Inwieweit links die neue Partei stehen wird, lässt sich bei dem höchst widersprüchlichen Prozess der programmatischen Selbstfindung noch nicht endgültig abschätzen. Noch immer haben sozialstrukturell bedingte Vorbehalte und Vorurteile gegenüber der Arbeiterbewegung dort Gewicht.

Entscheidung für den «Fortschrittsblock»

5. Für Sozialisten gilt auch weiterhin, dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Sinne einer alternativen, nichtkapitalistischen Entwicklung nur von den Arbeitnehmern durchgesetzt werden können. Durch Verweigerung ihrer Arbeit sind sie in der Lage, entscheidende Konflikte mit dem Kapital einzugehen.

6. Eine Beschränkung der SPD auf die Arbeiterbewegung (das Löwenthalsche Konzept) führt angesichts der Verschiebungen in der Klassenstruktur (Anwachsen der lohnabhängigen Mittelschichten) in eine Sackgasse. Auch die SPD wird eine Entscheidung zwischen der Mitarbeit an der Formierung eines «Fortschrittsblocks» oder der Integration in den Bürgerblock zu treffen haben.

7. Für die Mitarbeit im «Fortschrittsblock» wird entscheidend sein, die Autonomie der jeweiligen Bewegungen vorbehaltlos anzuerkennen, ohne sich allerdings unkritisch an die jeweiligen Positionen anzuhängen oder den Versuch zu unternehmen, sie in die SPD integrieren zu wollen.

8. Eine besonders aufmerksam zu beobachtende Gefahr stellen alle Versuche des Bürgerblocks dar, einzelne gesellschaftliche Gruppen zu marginalisieren und einen «industriellen Kern» der Gesellschaft auf Kosten der Randschichten zu privilegieren (so das Arbeitgeberangebot an die Gewerkschaften, einen Pakt gegen die Grünen zu schließen, während der Einstieg in die 35-Stunden-Woche blockiert wird).

9. Gegen alle zu hoch gespannten Erwartungen muss festgehalten werden, dass ein blosses Zusammengehen von SPD und Grünen auf parlamentarischer Ebene ohne Ausarbeitung inhaltlicher Positionen zu den zentralen wirtschafts-, sozial-, umwelt- und friedenspolitischen Problemstellungen die Gefahr mit sich bringt, dass die Parteiführungen auf Kosten des jeweils linken Flügels die bisherigen Positionen mit kosmetischen Änderungen fortschreiben.

Autonomie des religiösen Sozialismus gegenüber den Parteien

10. Der Bund der Religiösen Sozialisten muss eine Autonomie gegenüber den Parteien (historisch vor allem gegenüber der SPD) gewinnen. Dies bedeutet, dass er sich nicht auf eine Rolle als kritisches Korrektiv gegenüber den Parteien beschränkt.

Es gilt, die eigene politische Tradition in eigene politische Positionen umzusetzen und damit einen Beitrag zur Bildung eines «Fortschrittsblocks» zu leisten.

Dabei wird der Bund Mitglieder und Anhänger verschiedener Parteien umfassen.

Ortsgruppe Göttingen des Bundes der Religiösen
Sozialisten Deutschlands
(Beilage zur Zuschrift von Fritz Hasselhorn)

Im Januar 1983